

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Gordon Schnieder (CDU)
– Drucksache 17/7855 –

Sicherheitsgefühl der Bürger

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/7855** – vom 29. November 2018 hat folgenden Wortlaut:

In Hessen wurde vor einiger Zeit KOMPASS (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) eingeführt. Gegenwärtig nehmen daran 20 hessische Gemeinden teil. In der Ausgabe 5/2018 der Hessischen Polizeirundschau wird herausgestellt, das Ziel von KOMPASS sei es „die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen zu stärken.“ Hessens Innenminister Peter Beuth konkretisiert: „Wir beraten unsere Kommunen intensiv und zeigen ihnen z. B. auf, wie sie ihre Innenstädte noch sicherer machen können.“

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Existieren in Rheinland-Pfalz vergleichbare Programme wie das hessische KOMPASS?
2. Welche Möglichkeiten der Beratung in Sicherheitsfragen bietet die Landesregierung den rheinland-pfälzischen Kommunen an?
3. Hat die Landesregierung in der Vergangenheit wissenschaftlich fundierte Untersuchungen über das Sicherheitsgefühl der Bürger in Auftrag gegeben oder unterstützt?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Dezember 2018 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Ein vergleichbares Projekt zur Steuerung der Kriminalprävention wie in Hessen gibt es in Rheinland-Pfalz nicht. Gleichwohl sind die dem Projekt hinterlegten Maßnahmen nahezu identisch mit denen, die bislang schon in Rheinland-Pfalz durchgeführt werden. Seit dem Ende der 1990er Jahre gibt es in den kommunalen Gebietskörperschaften kriminalpräventive Gremien (sogenannte KrimiRäte), an denen überwiegend auch die örtlich zuständige Polizei beteiligt ist. In den KrimiRäten werden zielgerichtet lokale Präventionsaktivitäten initiiert und im Netzwerkverbund umgesetzt. Ziel ist dabei, zur Verbesserung der Sicherheit abgestimmte Lösungen für örtliche Problemstellungen zu erarbeiten und umzusetzen.

Bei den rheinland-pfälzischen Polizeiinspektionen sind Polizeibeamtinnen und -beamte als Bezirksbeamte eingesetzt. Die Bezirksbeamten sind kompetente Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Verbände und Behörden. Damit stehen sie auch den rheinland-pfälzischen Kommunen in vielfältiger Art und Weise für Beratungen zur Verfügung. Im Rahmen dieser Beratungen führen die Bezirksbeamten regelmäßige Sprechstunden in den kommunalen Verwaltungen durch, wofür dort regelmäßig eigene Büros eingerichtet sind. Damit sind die Bezirksbeamten auch unmittelbare Ansprechpartner für die jeweilige Kommune in Sicherheitsfragen und können mit diesen gemeinsam Aktionen und Projekte planen, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Wissenschaftlich fundierte Untersuchungen über das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wurden in der Vergangenheit durch die Landesregierung nicht in Auftrag gegeben oder unterstützt.

Roger Lewentz
Staatsminister